

# Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

## Beschluß

des II. Plenums des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans

### Über die Aufgaben der Kommunistischen Partei Kasachstans im Zusammenhang mit dem Übergang der Wirtschaft der Republik zu Marktverhältnissen

1. Das Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans stellt fest, daß die sich in der Wirtschaft der Republik vollziehenden strukturellen Wandlungen die Sachlage vorläufig nicht wesentlich beeinflussen. Die Krise des Verbrauchermarktes, die Zerrüttung der Finanzen und des Geldumlaufs, die sich verschärfende ökologische Lage, die Aktivierung des Separatismus und der lokalpatriotischen Tendenzen vielerorts, spitzen die sozialökonomische und politische Spannung zu, lösen bei der Bevölkerung Mißtrauen gegenüber den Verwaltungsorganen und Zweifel an ihrem Vermögen aus, das Funktionieren der Volkswirtschaft zu normalisieren.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kasachstans teilt die Besorgnis der Arbeitskollektive über die fortwährende Zerstörung der entstandenen Wirtschaftsbeziehungen, die Verschlechterung der Disziplin, die Nichterfüllung der Vertragspflichten, die Unmöglichkeit des Fortschritts von sozialökonomischen Programmen für das nächste Jahr, die Preiserhöhung, die Maßlosigkeit des Schwarzhandels und der Schattenökonomie.

Das Anwachsen der Kriserscheinungen ist vielfach durch den sich hinziehenden Prozeß der Entstehung neuer Machtorgane an der Basis bedingt, die häufig nicht die entsprechende Verantwortung und Kompetenz bei der Erfüllung ihrer Pflichten beinhalten.

Als rechtzeitig und begründet betrachtet das ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans in diesem Zusammenhang den Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR über Maßnahmen zur Stabilisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens und zur Ausstattung des Präsidenten der UdSSR mit zusätzlichen Machtbefugnissen.

Zugleich erklären wir, daß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kasachstans, eine allseitige Unterstützung des Präsidenten der Kasachischen SSR, des Obersten Sowjets, der Regierung und der Massenorganisationen der Republik bei ihren Anstrengungen zum Austritt Kasachstans aus der Krisensituation gewährleistet.

2. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kasachstans billigt die Beschlüsse des Oktoberplenums des ZK der KPdSU von 1990 und ist der Ansicht, daß der Ausweg aus der entstandenen Lage nur durch den Übergang zum einheitlichen Unionsmarkt möglich ist, der nicht einen Verzicht auf die Ideale des Sozialismus bedeutet, sondern, im Gegenteil, es ermöglichen wird, sein reiches Potential zu erschließen, und die Souveränität der Republik im Rahmen der erneuerten Union, die Gleichheit der Bedingungen für die Entfaltung der Fähigkeiten der Menschen, die freie Wahl der auszubeherrschenden Tätigkeit, die gleichen sozialen Garantien tatsächlich gewährleisten wird.

Die Grundprinzipien des Programms des Übergangs der Kasachischen SSR zu Marktbeziehungen unterstützend, akzentuiert das ZK die Notwendigkeit, die spezifischen Besonderheiten der Republik zu berücksichtigen, verbunden mit der Wirtschaftsstruktur, der Finanzlage und den Natur- und Klimaverhältnissen der Landwirtschaft, der Lebensmittel- und der Konsumgüterversorgung und den Möglichkeiten der Außenwirtschaftstätigkeit.

Im Rahmen des einheitlichen Marktes des Landes und im Hinblick auf die regionalen Besonderheiten gilt es, eigene Wege der sozialökonomischen Entwicklung Kasachstans zu bestimmen.

3. Unter den Bedingungen des Übergangs zum Markt gilt es, die Rolle der Parteikomitees und der Parteigrundorganisationen bei der Stabilisierung der gesellschaftlich-politischen Lage und der Gewährleistung der Konsolidation aller gesunden Kräfte auf einer prinzipiellen Umgestaltungsgrundlage zu verstärken.

Es ist äußerst wichtig, eine

Politik des allgemeinen Friedens und Einvernehmens zu betreiben, die politische Verwirrung und Paralyse des praktischen Handelns gegenüber den destruktiven, antikommunistischen Ansichten zu überwinden, die ganze Gefahr der Politik der nationalistischen und chauvinistischen Ambitionen, der ökonomischen Selbstisolierung und des Separatismus beharrlich zu entlarven sowie keine Situation einer möglichen Konfrontation der verschiedenen einander bekämpfenden Kräfte zuzulassen.

Die Kommunisten und Parteiorganisationen sind berufen, all diese Prozesse rechtzeitig zu bewerten, die Bevölkerung darüber weitgehend zu informieren und zuvorkommende politische Aktionen zum Schutz der Partei, der sozialistischen Option, des Sowjetstaates zu starten.

Die Parteikomitees müssen davon ausgehen, daß der Übergang zum Bestehen mehrerer Wirtschaftsformen in den Produktionsbeziehungen eine wahre Freiheit der wirtschaftlichen Tätigkeit und des Unternehmertums, die Freisetzung von Initiative und geschäftlicher Aktivität sowie die Schaffung von klaren und sicheren Stimuli und Motivationen für hochproduktive Arbeit fordert.

Der Übergang zum System von Marktbeziehungen ist praktisch unmöglich ohne die Stabilisierung der Produktion, die gegenseitig vorteilhaften ökonomischen Verbindungen, die strikte Einhaltung von Vertragsverpflichtungen, die Erhöhung der Verantwortung jedes Kollektivs für die Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit, die Festigung der Arbeitsdisziplin und Ordnung.

4. Das ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans beharrt entschieden darauf, daß der Übergang zum Markt auf keinen Fall zur Schumpfung der angenommenen sozialen Programme der Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung, zu Anschlägen auf die Lebensinteressen der Bevölkerung führen darf. Solche wichtigsten sozialen Rechte der Sowjetmenschen wie das Recht auf Bildung, Gesundheitsschutz, Erholung, Wohnraum, materielle Versorgung im Alter und im Falle einer Krankheit dürfen nicht geschmälert werden. Besondere Aufmerksamkeit muß wegen bemittelten Bevölkerungsschichten - Invaliden, Rentnern, Studenten und Schülern sowie kinderreichen Familien - gelten.

Bei der Bewertung der wirtschaftlichen und besonders der sozialen Perspektiven und Möglichkeiten der Marktverhältnisse ist es notwendig, die unvermeidlichen politischen und sozialökonomischen Folgen allseitig zu berücksichtigen, zu prognostizieren und die Unterlassungen und Verluste auf ein Minimum zu reduzieren.

Ihre Pflicht sehen die Kommunisten Kasachstans darin, der totalen Kommerzialisierung der Kultur und des geistigen Lebens entgegenzuwirken. Sie werden sich tatkräftig an der Ausarbeitung und Realisierung der Politik der staatlichen Unterstützung und Finanzierung der Kultur, des Gesundheitsschutzes und der Bildung, an der Ausarbeitung der Maßnahmen der staatlichen Preisregulierung, besonders für die Waren des täglichen Bedarfs sowie des Schutzes vor Inflation beteiligen.

Das Plenum des ZK tritt für die Vereinigung der Anstrengungen und eine sachliche Zusammenarbeit der Partei-, Gewerkschafts-, Komsomol- und anderen gesellschaftlichen Organisationen bei der Ausarbeitung der gemeinsamen Position zur Verhinderung der Senkung des Lebensniveaus der breiten Bevölkerungsschichten ein.

Das Zentralkomitee erklärt, daß die Parteigrundorganisationen der Republik keine Verantwortung für die staatlichen und wirtschaftlichen Beschlüsse tragen, die der Position der Kommunistischen Partei Kasachstans zuwiderlaufen, und behalten für sich das Recht, sie konstruktiv zu kritisieren.

5. Das Plenum des ZK unterstreicht, daß der Übergang zum Markt ohne Herausbildung eines neuen ökonomischen Denkens unmöglich ist. Davon ausgehend, gilt es, unverzüglich das gesamte System der Partei- und ökonomischen Schulung sowie die Tätigkeit der ideologischen Institutionen zu reformieren und eine weitgehende Umschulung der Kadaver für die Arbeit unter den Marktverhältnissen zu gewährleisten.

Das gesamte organisatorische und ideologisch-politische Potential der Kommunistischen Partei Kasachstans auszunutzen, ist es notwendig, die Erläuterung des Wesens und der Ziele der Reform, der Position des ZK im Zusammenhang mit dem Übergang der Wirtschaft der Republik zu den Marktverhältnissen abzusichern und dafür weitgehend die Möglichkeiten der gesellschaftlich-politischen Zentren, der Partei- und Diskussionsklubs zu benutzen.

Das ZK der Kommunistischen Partei ruft alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen auf, ihrer Verantwortung für die Geschichte der Republik und des Landes bewußt zu werden, ihre Kränkungen und Ambitionen zu überwinden, die gemeinsame Arbeit zu organisieren und im Interesse unserer Völker zu handeln.

6. Das ZK beauftragt das Politbüro und die Kommissionen, aus Mitgliedern des Zentralkomitees, Delegierten des XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei Kasachstans und des XXVIII. Parteitag der KPdSU organisationspropagandistische Gruppen zu bilden. In den Arbeitskollektiven und am Wohnort sind im Oktober - November 1990 Zusammenkünfte, Vorträge, Aussprachen und einheitliche Polittage zu veranstalten.

Bei der Erörterung der Probleme des Übergangs zum Markt kommt es darauf an, kein versimpeltes, leichtfertiges Vorgehen zu gestatten, den Menschen, die zu den neuen wirtschaftlichen Beziehungen psychologisch nicht vorbereitet sind, exakte und klare Antworten zu geben, ihnen zu helfen, konsumentenlerhafte Stimmungen loszuwerden, den Wert und die Bedeutung jedes Arbeitsplatzes, die Notwendigkeit voller Hingabe und die direkte Abhängigkeit des Wohlstandes der Beschäftigten von ihrem persönlichen Beitrag zu unterstreichen.

Es ist wichtig, die gegenwärtig verlaufenden Rechenschaftsleistungen und Wahlen für die Erneuerung der Formen und Methoden der Tätigkeit der Parteiorganisationen, Ausarbeitung von Maßnahmen zum Abschluß der Produktionsprogramme dieses Jahres und zur Vorbereitung der Arbeitskollektive auf eine stabile Arbeit im Jahre 1990 zu nutzen. Es ist zu empfehlen, die Fragen des Übergangs zum Markt auf Parteiversammlungen und Plenartagungen des Parteikomitees zu erörtern.

7. Die Aufmerksamkeit der in den Massenmedien tätigen Kommunisten ist auf die Notwendigkeit der ersten und objektiven Erläuterung des Sinnes und der Ziele des politischen Kurses der Kommunistischen Partei Kasachstans auf die Herausführung der Wirtschaft der Republik aus dem Krisenzustand, auf die Beseitigung der politischen Gespanntheit, die Verbesserung des sozialen Befindens der Gesellschaft, die Harmonisierung der zwischen-nationalen Beziehungen zu lenken.

Das Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans ist der Ansicht, daß die Kommunistische Partei der Republik in dieser verantwortlichen Übergangsperiode ihre Arbeit umgestalten, sich als eine konstruktive, im Interesse des Volkes handelnde Kraft offenbaren und auf dieser Grundlage zur Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Situation beitragen muß.

## APPELL

an die Völker Sowjetkasachstans  
Teure Genossen Kasachstaner!

Die Kasachische Sozialistische Sowjetrepublik und die Kommunistische Partei Kasachstans haben ihren 70jährigen Gründungstag begangen, indem sie in die neue Etappe tiefgreifender sozialökonomischer Wandlungen getreten sind, die von der Demokratisierung der staatlichen und politischen Strukturen, der Vorbereitung eines neuen Unionsvertrags und der Deklaration über die staatliche Souveränität der Republik herrühren.

Die 70 Jahre in der Geschichte Kasachstans sind eine Periode kolossaler sozialer Wandlungen, eine Zeit der Siege und traurigen Fehler, eine schwierige Suche nach neuen, nicht erschlossenen Wegen in die Zukunft. Die Kasachstaner haben die Lasten der schrecklichen Kriegszeit ertragen, die Bitternis und das Leid der deportierten Völker geteilt, für die unsere Republik zu ihrem zweiten Zuhause geworden ist, sie haben in allen Etappen der historischen Entwicklung Treue zu den von Lenin ver-

machten Ideen des Internationalismus bewahrt. Wir dürfen den zurückgelegten historischen Weg, die wertvollen politischen und sozialen Erfahrungen mehrerer Generationen nicht der Vergessenheit preisgeben, dank deren Anstrengungen unsere Republik hochgekommen und das überaus reiche Kulturerbe des Volkes akkumuliert worden ist. Denn ohne Vergangenheit gibt's keine Zukunft.

Wir sind zutiefst überzeugt, daß der von der Republik gewählte Kurs auf Selbständigkeit, die Gewährleistung der Macht der Sowjets auf ihrem Territorium und des ausschließlichen Rechts auf den Boden und die Naturreichtümer vom Volk unterstützt werden wird. Gerade dieser Kurs ermöglicht es, tatsächlich Herr des Bodens zu werden, die angesammelten Probleme in der sozialökonomischen Entwicklung zu lösen und für die Menschen würdige Lebensbedingungen zu schaffen.

In der jetzigen Situation, wo die soziale Spannung im Lande zunimmt und sich die Beziehungen zwischen den Nationen zu spitzen, appellieren wir an alle Kasachstaner, hohe staatsbürgerliche Verantwortung für die Erhaltung des Friedens und Einvernehmens, der ruhigen Atmosphäre für eine schöpferische Arbeit und die Verwirklichung der in der Republik geplanten fortschrittlichen Wandlungen zu bekunden. Wir begrüßen das Bestreben aller positiv gesinnten Bewegungen und Organisationen, an der Umgestaltung teilzunehmen. Eine besondere Verantwortung für den Zusammenschluß der Perestroikakräfte übernehmen die Kommunisten Kasachstans.

Das Jubiläum der Republik veranlaßt uns, tiefer jene unbestreitbare Wahrheit zu erkennen, daß der sozialökonomische Fortschritt nur unter der Bedingung des Einvernehmens, des Vertrauens und der Freundschaft aller in Kasachstan lebenden Nationalitäten möglich ist.

Wir müssen die brüderliche Einheit der Völker der UdSSR bewahren, deren Grundstein durch den Oktober gelegt worden ist. Wir appellieren an alle Bürger, sich im Namen dieses edlen Zieles zusammenzuschließen.

Das multinationale Volk Kasachstans zum 70jährigen Jubiläum der Republik und ihrer Kommunistischen Partei begrüßend, bringen wir die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Teilnahme an der Schaffung einer erneuerten demokratischen Gesellschaft zur patriotischen Pflicht jedes Bewohners Kasachstans werden wird.

Teilnehmer der gemeinsamen Sitzung des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR, des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans und des Ministerrates der Kasachischen SSR, gewidmet dem 70. Jahrestag der Kasachischen SSR und der Kommunistischen Partei Kasachstans.

Alma-Ata, 12. Oktober 1990

## In der Einheit liegt die Kraft des Volkes

Gemeinsame Sitzung des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR, des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans und des Ministerrates der Kasachischen SSR

Unsere Republik und ihre Kommunistische Partei sind 70 Jahre alt geworden. Gar nicht so lang scheint eigentlich der Weg, den Sowjetkasachstan zusammen mit dem ganzen Land auf den Bahnen der Zeit zurückgelegt hat. Doch wieviel Gutes, aber auch Qualvolles haben die vergangenen Jahrzehnte in sich aufgenommen. Mehrere Generationen von Kasachstanern ist wohl alles zuteil geworden, was die große Geschichte mit sich bringen kann - beachtliche soziale Wenden, Zerrüttung und Perioden der beherrschenden friedlichen Arbeit, spürbare Leistungen, Aufstieg und betrübliche Rückgänge, Freuden und Entbehrungen.

Ja, in diesen siebzig Jahren gab es von allem genug - das Leben steht doch nicht still. Mit ihm ist zu uns auch eine neue Gegenwart gekommen - die Zeit der Befreiung und Wahrheit, die Zeit der Reinigung und Erneuerung, die Zeit der Suche und Umgestaltung. Keine leichten Prüfungen verspricht sie dem multinationalen Volk Kasachstans. Aber auch gerechte Hoffnungen auf eine würdige Zukunft. Es ist gut, daß die Werktätigen der Republik, die nicht ihren Glauben an die Kommunistische Partei verloren haben, in diese Zukunft mit klarem Bewußtsein ihrer entscheidenden Rolle und Verantwortung für die Gewährleistung der Stabilität in der Gesellschaft, für die Erlangung sozialer Gerechtigkeit für alle, für den Erfolg der gemeinsamen Sache der Sowjetmenschen gehen.

Am 12. Oktober fand in Alma-Ata, im Kasachischen Akademischen Opern- und Ballettheater „Abai“ die gemeinsame Sitzung des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR, des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans und des Ministerrates der Kasachischen SSR statt, gewidmet dem 70. Jahrestag der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik und der Kommunistischen Partei Kasachstans.

Den festlich dekorierten Saal begannen lange vor 16.00 Uhr Volksdeputierte der Kasachischen SSR, Mitglieder des Zentralkomitees und der Revisionskommission der Kommunistischen Partei Kasachstans, Veteranen der Partei, des Bürger- und des Großen Vaterländischen Krieges sowie Vertreter der Öffentlichkeit der Republikhauptstadt zu füllen.

Die Plätze im Präsidium nehmen ein N. A. Nasarbajew, Präsident der Kasachischen SSR und 1. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, J. M. Assanbajew, Vorsitzender des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR, U. K. Karamanow, Vorsitzender des Ministerrates der Kasachischen SSR, Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, Mitglieder des Präsidialrats der Kasachischen SSR, Stellvertretende Vorsitzende des Obersten Sowjets und des Ministerrates der Kasachischen SSR, Partei-, Kriegs- und Arbeitsveteranen, führende

Wissenschaftler und Künstler, hohe Militärs, Bestarbelter der Produktion, die alle Gebiete der Republik und die Stadt Alma-Ata vertreten.

Die gemeinsame Sitzung eröffnete, betonte J. M. Assanbajew, daß die Kasachische SSR vom großen Lenin und von der Oktoberrevolution ihren Anfang nimmt. Das Fest ihres 70. Jahrestags ist ein großes Fest des kasachischen Volkes, aller mit ihm durch das historische Schicksal vereinten Nationen und Völkergruppen, die es in der Republik über 100 gibt. Mit dem Beginn der Perestroika haben Demokratie und Transparenz der Entwicklung der Volksmacht neue Impulse gegeben. Die aus Vertretern vieler Nationalitäten gebildeten Sowjets lenken ihre Kräfte auf die Erlangung einer wahrer Souveränität durch die Republik, auf die Umorientierung ihres riesigen Potential auf die Interessen des Menschen. Jedoch, nach Selbständigkeit strebend, sehen die Einwohner Kasachstans ihr weiteres Schicksal nur im Bestand der erneuerten Föderation: Das Volk ist nur dann stark, wenn es einheitlich ist.

Die Sitzung wird für eröffnet erklärt. Es werden die Staatshymnen der UdSSR und der Kasachischen SSR intoniert.

Den Bericht über den 70. Jahrestag der Kasachischen SSR und der Kommunistischen Partei Kasachstans gab N. A. Nasarbajew.

Auf der Sitzung sprachen außerdem Sch. Shanybekow - Kriegs- und Arbeitsveteran und Volksdeputierter der UdSSR, S. I. Gavriliuk - Leiter einer Traktoren- und Feldbaubrigade im Sowchos „Sandyktauski“ des Gebiets Zelinograd, Volksdeputierter der Kasachischen SSR, A. Nurschalchow - Volksschriftsteller Kasachstans und Träger des Staatspreises der Kasachischen SSR, F. K. Bichert - Bergarbeiter in der Kohlengrube „Schachtinskaja“ der Produktionsverwaltung „Karagandaugol“ und Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, A. S. Upolchodshajew - Dieselschlosser im Bahnbetriebswerk Kysyl-Orda und Volksdeputierter der Kasachischen SSR, Sh. K. Amirova - 1. Sekretär des Rayonkomsomolkomitees Lugowoje des Gebiets Dshambul und Mitglied der Revisionskommission der Kommunistischen Partei Kasachstans.

Die Teilnehmer der gemeinsamen Sitzung nehmen einen Appell an das Volk der Republik anlässlich des 70. Jahrestages der Kasachischen SSR und der Kommunistischen Partei Kasachstans an.

Die Sitzung wird für geschlossen erklärt. Erneut werden die Hymnen der Sowjetunion und der Kasachischen SSR intoniert.

Danach wurde für die Teilnehmer der gemeinsamen Sitzung ein großes Festkonzert gegeben.

(KasTAG)

### Wirtschaftsleben kurzgefaßt

Erstklassige Baumwolle war schon mehrere Jahre für die Baumwollzüchter des Gebiets Tschimkent ein langsehnter Wunsch. Nun haben die Feldbauern des Krow-Rayons die ersten 573 Tonnen hochwertiger Baumwolle an den Staat verkauft. Rund 450 Tonnen Baumwolle hat der Sowchos „30 Jahre Oktober“ geliefert.

Über 4000 Hektar Boden werden täglich in den Agrarbetrieben des Rayons Kysyl-Tu im Gebiet Koktschetaw unter Pflug genommen. Zur Zeit sind hier bereits 125 000 Hektar umgepflügt. In zügigem Tempo verlaufen diese Herbstfeldarbeiten in den Sowchos „Bidakski“ und „Molodaja Gwardija“.

Bereits 40 Jahre liefert ihre Erzeugnisse die Karagandaer Maschinenbaufabrik an die Abnehmerbetriebe im ganzen Lande. Allein in diesem Jahr haben die Maschinenbauer Erzeugnisse im Werte von rund 15 Millionen Rubel geliefert.



In den Kolchosen und Sowchos Südkasachstans hat eine massenhafte Zuckerrübenanbau begonnen. Unsere Bilder: Der Pächter Tlek Nijaschodshajew aus dem Sowchos „Georgijewski“, Rayon Kurдай, ist zufrieden, denn er erhält von jedem Hektar der ihm zugeordneten Bodenfläche 400 bis 410 Dezitonnen Zuckerrüben. Die Mitglieder der Pachtgruppe (v.l.n.r.) Chanyw Gassanowa, Galina Alachwerdijewa, Sarifa Mussajewa und Gulnara Gassanowa arbeiten vorzüglich bei der Rübenreinigung. Fotos: KasTAG

### Honig in Hülle und Fülle

Das Gebiet Pawlodar ist durch seine Imkeren weit und breit bekannt. Hunderte Bienenzüchter produzieren dieses herrliche Produkt für die Bevölkerung dieses nördlichen Gebiets unserer Republik.

Im Frühjahr vorigen Jahres beschloß man in der Autokolonne Nr. 2564, eine Imkerei zu bauen und kaufte dazu ein paar Bienenvölker. Dieses Unternehmen vertraute man Peter Wendler und seiner Frau Ludmilla an. An den

Erfolg glaubte man wenig, denn es war eine zu mühselige Arbeit. Aber die Eheleute bewiesen es in der Tat, daß die Bienenzucht gewinnbringend ist. Gleich im ersten Jahr lieferten sie etwa 700 Kilogramm aromatischen Honigs an den Staat.

In diesem Jahr haben sie schon 600 Bienenvölker zu bedienen. Trotz des trockenen und an Blüten spärlichen Frühlings und Sommers haben die Imker bis 1 200 Kilogramm Honig geerntet

und schon die ersten Kilos an den Staat verkauft.

„Honig macht den Herbst schön“, sagte ein wenig poetisch Jewgent Kisslakow, ein Bienenzüchter und Trainer der Sportschule in Shelesinsk.

Für das zuverlässige Heilmittel gegen Krankheiten und Kälte möchte ich gern auch einen Dank allen Bienenzüchtern aussprechen, die den Menschen Gesundheit und genuß schenken.

Theodor SCHANDER

Gebiet Pawlodar

### Eine Geschäftsbank in Rudny

Während unsere Parlamentarier die Wege des Übergangs zur Marktwirtschaft diskutieren, kommen deren Gesetze allorts deutlich zum Vorschein und gewinnen immer mehr an Kraft. In der Stadt Rudny ist beispielsweise bei der Stadtabteilung „Promstrobank“ eine Geschäftsbank gegründet worden. Ihre Gründer sind die Produktionsvereinigung

Sokolowka-Sarbal, der Betrieb „Kasognepor“, die Keramikfabrik, der Trust „Sokolowdustroł“, die Verwaltung „Kasmechanomontash“ und andere Betriebe. Durch die Gründung dieser Bank wollen die betreffenden Betriebe in enger Zusammenarbeit mehr Nutzen und Vorteile haben, denn mit mehr Mitteln ist auch mehr zu erreichen.

„Unsere Bank hat auch die Möglichkeit, Kredite unter Vorzugsbedingungen zu gewähren“, sagt sein Leiter W. Arnautow. „So haben wir zum Beispiel neuerdings der Verwaltung „Kasteploislojzija“ 30 000 Rubel mit einem jährlichen Zinssatz von sechs Prozent für den Ankauf von Ausrüstungen bereitgestellt. Dabei sind die Zinsen um das Drei-

fache weniger als in einer Staatsbank.“

Auch die Verwahrung von freien Mitteln in der Geschäftsbank ist für die Betriebe vorteilhaft. Ihnen werden nicht weniger als vier Prozent Zinsen jährlich garantiert.

Konstantin ZEISER, Korrespondent der „Freundschaft“

Gebiet Kustanał





# PANORAMA

## Gespannte Ruhe in besetzten Gebieten Palästinas

Nach den schweren Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern auf dem Jerusalemer Tempelberg die 21 Todesopfer und etwa 150 Verletzte forderten, herrschte in den besetzten Gebieten Palästinas gespannte Ruhe. Nur vereinzelt kam es zu Zwischenfällen. Das öffentliche Leben in den Territorien war wie bereits am Vortag durch den von der Führung der „Intifada“ ausgerufenen Generalstreik sowie durch eine von der israelischen Armee über zahlreiche Orte verhängte Ausgangssperre lahmgelegt. Die israelische Polizei befindet sich weiter in Alarmbereitschaft.

Die Führung der „Intifada“ ließ inzwischen Flugblätter verteilen, auf denen zur Vergeltung aufgerufen wird. Jeder Soldat und Siedler in Palästina sei ein Ziel, das liquidiert werden sollte. Während nach der vorübergehenden Schließung des Tempelbergs Hunderte von muslimischen Gläubigen wieder in der Al-Aqsa-Moschee ungehindert beten

konnten — wenn auch im angesichts massierter postierter Sicherheitskräfte — nahm in Israel der politische Streit um den Polizeieinsatz an Schärfe zu. Politiker und Polizei Israels setzten sich heftig gegen die in der arabischen wie in der westlichen Welt erhobenen Vorwürfe zur Wehr, die Polizei sei bei ihrem Einsatz auf dem Tempelberg unangemessen hart vorgegangen. Ein Sprecher des Regierungschefs kündigte an, Shamir werde eine unabhängige Untersuchungskommission bilden lassen. Die israelische Presse nahm hohe Polizeiverantwortliche ins Kreuzfeuer, die Zeitung „Haaretz“ forderte den Rücktritt des Polizeiministers und des Polizeichefs. Die Untersuchungskommission werde vor allem erklären müssen, „weshalb flüchtende palästinensische Frauen aus nächster Nähe erschossen wurden“, forderte der Kommentator der Zeitung „Haaretz“ entsetzt. Und die israelische Opposition griff gleich die gesamte „Si-

cherheitspolitik“ der Regierung an, die sie für revisionsbedürftig hält. Der ehemalige Polizeiminister Chaim Bar-Lev erklärte, die illusorische Annahme der Regierung, der Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten werde nachlassen, sei der Ursprung der blutigen Zusammenstöße.

In Rom hat Papst Johannes Paul II. während der Generalaudienz im Vatikan zur Solidarität mit den Opfern der blutigen Zusammenstöße in Jerusalem aufgerufen und „Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit“ für die gesamte Region des Nahen Ostens gefordert. Neben der eigentlichen Gewalttat müsse auch „die Situation der Ungerechtigkeit verurteilt werden, die schon zu lange andauert“.

In einem Kommentar der vatikanischen Tageszeitung „Osservatore Romano“ wurde das Blutbad auf dem Tempelberg als „Beleidigung für die ganze Menschheit“ und als ein „gegen den Menschen und gegen den Frieden gerichteter Akt“ abgelehnt. Der vatikanische Kommentator schloß sich der Hoffnung der internationalen Gemeinschaft an, daß alle Verantwortlichen „aufrichtige und neue Bemühungen für eine Lösung des Palästina-Problems“ unternehmen mögen.



### In wenigen Zeilen

**TIRANA.** In Albanien wird derzeit ein Wahlgesetz diskutiert, das zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte mehreren Kandidaten eines Wahlkreises die Möglichkeit gibt, sich um einen der 250 Parlamentssitze zu bewerben. Die Kandidaten müssen jedoch einer zugelassenen Organisation angehören, meldete die staatliche Nachrichtenagentur ATA. Nach Informationen aus Tirana sollen die nächsten Parlamentswahlen Anfang 1991 stattfinden.

**TUNIS.** Der palästinensische Nationalrat hat an die UNO und die Weltöffentlichkeit appelliert, dringende Maßnahmen zur Beendigung des „israelischen Terrors“ in den besetzten Gebieten zu ergreifen. Auf einer Tagung in Tunis verurteilte das höchste Organ der Palästinenser Befreiungsorganisation (PLO) das Vorgehen der israelischen Polizei in der Jerusalemer Altstadt als „zionistisches Verbrechen“, das jeglichen menschlichen Normen zuwiderlaufe.

Die Teilnehmer riefen ferner zur internationalen Verteidigung des Volkes von Palästina sowie zur Verwirklichung seines Rechts auf Selbstbestimmung, einschließlich der Schaffung eines unabhängigen Staates, auf.

Aus dem Robben-Island-Gefängnis in Capetown, Republik Südafrika, sind acht politische Häftlinge freigelassen worden. Diese Maßnahme ist dank dem zwischen dem Afrikanischen Nationalen Kongreß und der Regierung Pretorias erzielten Vereinbarung möglich geworden. Unser Bild: Einer der acht jetzt schon ehemaligen politischen Häftlinge des Apartheid-Kerkers. Foto: TASS

## Geteilte preußische Sammlung nun wieder in einer Hand

Mit der Vereinigung Deutschlands hat sich der Aufgabenbereich der Stiftung preußischer Kulturbesitz in Berlin verdoppelt. Die Stiftung, die für Bund und Länder den im Westen befindlichen Teil der ehemals preußischen Sammlungen betreut, hat nun auch die vorläufige Trägerschaft für den im Osten Deutschlands befindlichen Teil übernommen. Zur Stiftung ist auch die Dienststelle Merseburg des zentralen Staatsarchivs der früheren DDR getreten, die vier Fünftel der Bestände des ehemaligen preußischen geheimen Staatsarchivs hütet, wird in dem Presse-material der Stiftung weiter mitgeteilt.

Die Zusammenführung der staatlichen Museen aus beiden Teilen Berlins wird zu einem Komplex von Museen führen, der an Vielfältigkeit, Systematik und Vollständigkeit der Sammlungen keinen Vergleich in Europa und der gesamten Kulturwelt zu scheuen braucht. Der Komplex wird unter anderem charakterisiert durch das Gesamtzentrum Museumsinsel mit dem Pergamon-Museum als Mittelpunkt, durch die größte völkerkundliche Sammlung Europas sowie durch archaische und neuzeltlich-europäische Kunstsammlungen von Weltrenge. Verluste, die den Berliner Museen durch die Aktion „Entartete Kunst“ gegen die mo-

derne und im zweiten Weltkrieg zugefügt worden sind, können auf diese Weise gemildert werden.

Der Zusammenschluß beider Staatsbibliotheken zu einer „vereinigten“ Bibliothek mit zwei Häusern ergibt eine Sammlung wissenschaftlicher Literatur und schriftlicher Überlieferung aus aller Welt, die zu den größten Bibliotheken Europas gezählt werden kann. Die „vereinigte“ Bibliothek würde die größte wissenschaftliche Bibliothek in Deutschland sein.

Die fachliche Verantwortung für die Mitarbeiter des Merseburger Archivs wie für die von ihnen betreuten 25 000 laufenden Meter Archivalien ist mit dem Termin der deutschen Vereinigung auf den Direktor des Dahlemer geheimen Staatsarchivs preußischer Kulturbesitz übergegangen. Die gesamte schriftliche Überlieferung des vormals regierenden Herrscherhauses in Gestalt des „Brandenburg-preussischen Hausarchivs“ wird damit wieder von einer Hand geleitet. Entschieden dem Einigungsvertrag, der eine Zusammenführung aller Sammlungen in Berlin vorsieht, wird sich die Stiftung um baldige Unterbringungsmöglichkeiten für den Merseburger Bestand bemühen.

## Untersuchungskommission gebildet

Während arabische Staaten und die PLO internationale Sicherheitsgaranten für die Palästinenser fordern, lehnt Israel jede „ausländische Einmischung“ nach den blutigen Zusammenstößen in Jerusalem strikt ab. Dem israelischen Rundfunk zufolge verlaublichen Regierungskreise, man werde nur einen persönlichen Gesandten des UNO-Generalsekretärs akzeptieren, nicht aber eine offizielle Delegation mit dem Mandat des Sicherheitsrats.

In Damaskus fanden sich mehrere Hundert palästinensische Frauen zu einem kurzen Sitzeitzel vor dem Gebäude des internationalen Komitees vom Roten Kreuz zusammen. Sie appellierten an UNO-Generalsekretär Perez Cuellar, zugunsten ihrer Männer und Söhne zu intervenieren.

In der Jordanischen Hauptstadt Amman protestierten wieder mehr als 2 000 Jugendliche gegen das Blutbad in Jerusalem und forderten mit pro-irakischen Parolen einen „heiligen Krieg“ zur Befreiung der von Israel besetzten Gebiete und heiligen Stätten des Islam. Vor dem Parlament verlangten sie auch die Bewaffnung des Volkes. Ein Gesetz darüber hätten die Abgeordneten der Regierung bereits vorgeschlagen, erklärte Parlamentspräsident Sulei. Man Arar gegenüber den Demonstranten, die Antwort stünde aber noch aus.

In Sana forderte ein jemenitischer Regierungssprecher die Vereinten Nationen auf, das palästinensische Volk vor weiteren „Verbrechen“ zu schützen. Als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates drängt Jemen auf die Entsendung einer mit umfangreichen Vollmachten ausgestatteten internationalen Untersuchungskommission nach Jerusalem.

In Ägyptens zweitgrößter Stadt, Alexandria, demonstrierten 7 000 Studenten gegen die Schüsse israelischer Soldaten auf Palästinenser, die 21 Menschenleben gefordert hatten.

Seitens der PLO bezeichnete deren Führungsmittglied Jasser Abend Rabbo jeden Beschluß der UNO als unzureichend, der die Sicherheit der Palästinenser nicht mit praktischen Maßnahmen garantierte.

Ministerpräsident Yitzhak Shamir gab die Bildung einer Dreiköpfigen israelischen Kommission bekannt, die zu den Ereignissen am Jerusalemer Tempelberg ermitteln soll. Sie steht unter Leitung des ehemaligen Geheimdienstchefs Zvi Zamir. Nach den Worten des früheren Polizeiministers Chaim Bar-Lev trägt die Regierung Mitschuld an dem Blutbad, weil sie an ein Versickern der „Intifada“ geglaubt hatte und auf eine Eskalation nicht genügend vorbereitet war.

Wegen Anstiftung zur Gewalt verurteilte indessen ein Gericht in Jerusalem den Vize-Mufti der Stadt, Mohammad Said Al-Jamal,

## Verhaftung General Milewskis

Die Verhaftung des früheren polnischen Innenministers General Miroslaw Milewski ist nicht aus aktuellen politischen Gründen erfolgt. Das erklärte Innenminister Krzysztof Kozlowski vor der Presse. Sie sei vielmehr Ergebnis langwieriger Arbeit des Amtes für Staatsschutz. „Solidarnosc“-Chef Walesa hatte erklärt, die Verhaftung zu diesem Zeitpunkt sei aus wahltaktischen Gründen erfolgt.

Doch auf höchster PVAP-Ebene sei entschieden worden, die Gelegenheit unter den Tisch fallen zu lassen. In den Dokumenten gebe es keine Namen jener Personen, die diese Entscheidung getroffen haben. Das werde sicherlich im Verlaufe des Verfahrens geklärt.

Unter den sechs gemeinsam mit Milewski in Haft Genommenen befindet sich nicht Kozlowski unmittelbar Vorgänger General Czeslaw Kiszcak, hieß es weiter. Der Name Milewski sei bereits 1983 in Zusammenhang mit der sogenannten Affäre „Zelazo“ (Eisen) gefallen. Die damalige Untersuchungskommission habe einen Antrag an den Staatsanwalt formuliert, um ein Verfahren gegen Milewski zu eröffnen.

Zu den verbrecherischen Tätigkeiten während der Affäre „Zelazo“ hätten hauptsächlich Versicherungsbetrug, aber auch Raub und Diebstahl gehört. Auf diese Weise habe der Geheimdienst etwa 65 Kilogramm Gold und andere Kostbarkeiten außer Landes geschafft.

Ex-Politbüromitglied Milewski, der bis 1981 Innenminister und anschließend bis 1984 für die Sicherheitspolizei zuständig war, ist der erste Spitzenfunktionär aus der früheren Herrschaftszeit, der unter der Regierung Mazowiecki in Haft genommen wurde.

## Dramatische Situation in den Dörfern Siebenbürgens

Die österreichische Nachrichtagentur APA macht in einem Bericht auf die dramatische Situation in Siebenbürgen aufmerksam. Darin heißt es: „Cristian, zu Deutsch Großau, sieben Kilometer westlich von Hermannstadt, zwei Schulen, mehrere Kulturvereine, eine in Kunst- und deren erwähnte Werkhirc bis Dezember 1989 insgesamt 4 000 Einwohner, im Oktober 1990 nur noch 2 300, 1 700 Siebenbürger Sachsen und ein aus dem Salz-kammergut ausgewanderte Landler haben das Dorf seit der Revolution Richtung BRD verlassen.“

Die deutschsprachige Kultur in den siebenbürgischen Dörfern ist am Aussterben. Theatergruppen und Musikvereine lösen sich mangels an Mitgliedern auf. Die achtstufige Grundschule von Großau ist auf zwei Klassen reduziert worden. Bis zu Semesterbeginn im September wußte niemand, ob die deutschsprachige Schule überhaupt noch ihre Pforten öffnen würde. 30 Kinder gibt es derzeit, viele von ihnen werden mit ihren Eltern im Laufe des Jahres ebenfalls auswandern.

Früher war es im Dorf sehr lustig. Samstags waren die Straßen voller Kinder. Es hat Feste und Musik gegeben sagte die Alte Elisabeth Vogelhüber. Ihr Sohn ist vor zwei Jahren nach Ingotstadt ausgewandert. Die beiden Töchter sind am 21. Juni und 26. Juli in die BRD übersiedelt, nachdem sich die Ehemänner schon im Februar auf den Weg gemacht hatten, um Arbeit zu finden.

Sachsen und Landler haben keine Hoffnung, daß sich die wirtschaftliche Situation in ihrem Land bessert. Viele besitzen kleine Bauernhöfe, so daß zumindest Obst, Gemüse, Erdäpfel und Hühnerfleisch vorhanden sind. Von dem nach der Revolution verbesserten Angebot ist nichts mehr zu bemerken. Für bestimmte Lebensmittel wurden später zwar Bezugsscheine eingeführt, Zucker und Öl waren in den vergangenen Monaten aber nicht zu bekommen. Menschenschlangen vor einem Geschäft deuten darauf hin, daß eine Lieferung Wurst eingelangt ist, die meisten Läden sind ohnehin leer.

## Noch keine EG-Marschroute

Auch die Handels- und Wirtschaftsminister der EG haben vergangene Woche in Luxemburg noch keine Einigung über die weitere Marschroute der Gemeinschaft für die Genfer GATT-Verhandlungen über eine Liberalisierung des Welthandels erzielen können. Strittig bleibt nach wie vor der Agrarbereich. Die Vertreter der zwölf Mitgliedsstaaten begrüßten nach Angaben von Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann zwar grundsätzlich ein von der EG-Kommission vorgelegtes Konzept, nach dem die Subventionen für die Landwirtschaft bis 1996 um 30 Prozent gesenkt werden sollen. Sie machten sich jedoch andererseits die bereits von den Landwirtschaftsministern erhobene Forderung nach einem Lastenausgleich für die betroffenen Landwirte zu eigen. Ferner akzeptierten sie einen einwöchigen Entscheidungsauflauf und verständigte sich darauf, am Donnerstag zu einer weiteren Tagung zusammenzukommen. Damit ist die EG nicht mehr in der Lage, ihre Vorstellungen — wie gefordert — bis zum 15. Oktober auf den Genfer Verhandlungstisch zu legen.

Die Agrarminister hatten die Kommissionsvorschläge mit großer Mehrheit abgelehnt. Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz

Kiechle warnte dabei nachdrücklich, daß bei Realisierung der gegenwärtigen Variante rund 70 Prozent der deutschen Bauernschaft der Bankrott drohe.

Die EG ist bei den Verhandlungen des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) von Seiten der USA und anderer großer Agrarexportländer mit der ultimativen Forderung konfrontiert, ihre Subventionen für die Landwirtschaft drastisch abzubauen. Die USA verlangen derzeit eine Verringerung um 70 Prozent. Mit ihrem Vorschlag eines 30prozentigen Abbaus will die EG-Kommission ein Kompromißangebot erreichen, um die festgefahrenen Verhandlungen wieder im Gang bringen zu können.

Die Gemeinschaft hat ein vitales Interesse an einem erfolgreichen Abschluß des gesamten GATT-Prozesses, bei dem es um Regeln für einen freien Welthandel auf allen Gebieten geht — von Industriegütern über Dienstleistungen bis hin zum Schutz geistigen Eigentums. Ein Mißerfolg würde mit großer Wahrscheinlichkeit weltweit eine Welle von Handelsbarrieren zur Abschottung der nationalen Märkte auslösen, wovon die EG wegen ihrer hohen Exportabhängigkeit besonders hart betroffen wäre.

## Ägypten — für Parlamentsauflösung

Mit 94,34 Prozent der beim landesweiten Referendum in Ägypten abgegebenen Stimmen haben sich die Einwohner des Nilandes eindeutig für die Auflösung der gegenwärtigen Volksversammlung, des Parlaments, ausgesprochen. Laut dem von Kairoer Innenministerium bekanntgegebenen Resultat des Plebiszits beteiligten sich 58,5 Prozent der rund 16,2 Millionen Wahlberechtigten Ägypter an der Abstimmung, die erstmals nicht von Vertretern der Regierung, sondern von nahezu 2 000 Juristen überwacht wurde. Nur 530 000 Ägypter sprachen sich für ein Fortbestehen der 1987 gewählten Volksversammlung

aus. Die Bekanntgabe des Referendum-Ergebnisses war von dem Attentat auf den ägyptischen Parlamentspräsidenten, Dr. Rifaat Al-Mahgub überschattet, bei dem neben Mahgub auch drei seiner Leibwächter ermordet wurden.

Der ägyptische Präsident Hosni Mubarak hatte das Referendum Ende vergangenen Monats als Reaktion auf einen Spruch des Obersten Verfassungsgerichtes Ägyptens anberaumt. Auf der Grundlage einer Klage von Oppositionsparteien hatte das Gericht das Ergebnis der Parlamentswahlen von 1987 für null und nichtig erklärt, da die Volksvertretung auf der Basis eines nicht verfassungskonformen

Wahlgesetzes zustande gekommen sei, unter dem Kandidaten auf Parteienlisten gegenüber Einzelkandidaten bevorzugt wurden.

Mit der Entscheidung über die Auflösung ist das gegenwärtige Parlament das zweite in Reihe und zugleich das zweite unter der Präsidentschaft Mubaraks, das seine fünfjährige Legislaturperiode nicht vollenden kann.

Erwartet wird jetzt, daß das ägyptische Staatsoberhaupt in Kürze per Dekret die seit Beginn der Parlamentsferien Anfang Juni nicht wieder zusammengetretene 458 Mitglieder zählende Volksversammlung auflöst und innerhalb von 60 Tagen Neuwahlen ausschiebt.

## Für Dialog mit Nordkorea

Japan stellt keinerlei Vorbedingungen für einen Dialog mit Nordkorea auf Regierungsebene, erklärte in Tokio auf einer Pressekonferenz der Chefkabinettssekretär Mutsuji Sakamoto. Tokio trete für den baldigen Beginn von Verhandlungen über die Normalisierung der bilateralen Beziehungen ein, sagte er unter Bezugnahme auf einen nordkoreanischen Vorschlag, derartige Gespräche für Anfang November anzubereiten. Gegenwärtig habe man jedoch noch keinen konkreten Zeitpunkt und Verhandlungsort festgelegt.

## Von Streit überschattet

Der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) hat den südafrikanischen Präsidenten Frenk de Klerk der Unaufrichtigkeit bei den Verhandlungen mit der schwarzen Opposition bezichtigt. Ein ANC-Sprecher lastete der Regierung auf einer Pressekonferenz in Johannesburg an, nach dem jüngsten Treffen de Klerks mit ANC-Vizepräsidenten Nelson Mandela abmachungswidrig eine Erklärung veröffentlicht zu haben. Zu vor hätten beide Seiten jedoch vereinbart gehabt, nur ein gemeinsames Schlußkommuniqué zu publizieren. „De Klerk und das Verhalten der Regierung gefährden den gesamten Verhandlungsprozeß“, sagte der Sprecher. Er verteilte ein Dokument, in dem Mandela vor einer Rückkehr der ANC zum bewaffneten Kampf warnt, wenn die Friedensgespräche scheitern sollten.

De Klerk wies die ANC-Vorwürfe auf einer Pressekonferenz vor seiner Abreise nach Portual und Großbritannien zurück. Gleichzeitig warf die Regierung in Pretoria dem ANC einen Bruch des Waffenstillstandsabkommens vor, weil die Organisation weiterhin „Rebellen“ anwerbe und ausbilde.

## Regierungsprogramm vorgestellt

Der bulgarische Ministerpräsident Andrej Lukanow hat vor dem Parlament in Sofia das Programm seiner Regierung vorgestellt und darin den umgehenden Übergang zur Marktwirtschaft gefordert. Endgültig müsse man sich von dem bisherigen ökonomischen Modell trennen, das das Land in eine schwere Krise gestürzt hat. Angesichts der dramatischen politischen und ökonomischen Situation des Landes schlug Lukanow den Parteien und Organisationen vor, ein 300tägiges Moratorium von Aktivitäten zu verhängen, die die Lage weiter destabilisieren könnten.

Lukanow schätzte ein, daß die Krise in Gesellschaft und Wirtschaft den friedlichen Übergang zur Demokratie in Frage stellt. Ohne tiefgreifende strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft werde das ohnehin angeschlagene Ansehen Bulgariens in der Weltwirtschaft noch weiter sinken. Notwendig sei eine konsequente Privatisierung der Wirtschaft. Es müsse aber auch die Möglichkeit effektiven Wirt-

schaftens in kollektiv geführten Betrieben bestehen. Lukanow sprach sich für eine vorrangige Förderung mittlerer Betriebe im Dienstleistungs-, Gaststätten- und Hotelwesen sowie im Tourismus aus. Für die Schaffung von Aktiengesellschaften und ausländische Kapitalanlagen müßten gesetzliche Garantien geschaffen werden. Für die angestrebte Konvertierbarkeit der bulgarischen Währung sei internationale Hilfe notwendig. Als Maßnahmen gegen die Inflation nannte er die Zerschlagung des Monopols einiger Betriebe, die Zulassung von Konkurrenz und die Liberalisierung der Preise. Der angeschlagene Staatshaushalt lasse künftig keine Subventionen zu.

Nach Aussage des Ministerpräsidenten haben in den Wirtschaftsteil des Regierungsprogramms sowohl Vorschläge aus dem eigenen Lager als auch Expertenmeinungen der Opposition und auf Bitte der Regierung namhafter amerikanischer Ökonomen Eingang gefunden.



## Durch Städte und Länder

Die Stadt Glasgow am Unterlauf des Clyde in Schottland entstand im sechsten Jahrhundert u. Z. an Stelle einer uralten keltischen Siedlung. Es besteht die Version, daß dieser Name vom keltischen „glas co“ stammt und soviel wie „liebliche grüne Gegend“ bedeutet.

Heute assoziiert sich Glasgow für manche hauptsächlich mit seinem Hafen, seiner Industrie, manchmal auch mit Armut, Arbeitslosen und Elendsvierteln. Natürlich kann man in einer Großstadt so manches antreffen. Und dennoch sind die wichtigsten „Sehenswürdigkeit“ Glasgows seine Menschen. Der alte Duddelackpfeifer, die Verliebten, der Müllkutscher, die Straßenmusikanten, der Redner im hiesigen Hyde Park und der junge Fußballfreund — sie alle leben gleich Hunderttausenden anderer in dieser altertümlichen Stadt und bilden ihrem integrierenden, markantesten, unmittelbaren Bestand, teil.

Unser Bild: Dieser bejahrte Dudelackpfeifer erinnert sich gut an Glasgow zu verschiedenen Zeiten. Fotos: TASS

Die größte Moschee Kairo (im Bild) wird in diesem Jahr 1111 Jahre alt. Es ist zwar kein Jubiläum, aber dennoch ein recht schönes Datum.

Der Sohn einer mittelasiatischen Sklavin Ahmed Ibn Tulun (835 — 884) blieb in der Geschichte als der erste Herrscher Ägyptens, der von den arabischen Kalifen vollständig unabhängig war. Diese Moschee ist das Symbol des Gedeihens des Landes unter seiner Regierung.

Streng proportional gehalten ist der quadratische Hof, umgeben von den Bogengalerien mit zwei Reihen hoher Mauern. Der Architekt nutzte nur gebrannte mit Alabaster verputzte Ziegelsteine und geschützte Holzteile. Alle steinerne Teile an der Moschee sind späterer Herkunft.

Aus der Tiefe der Bogengänge eröffnet sich ein Blick auf eine seltsam asymmetrische Gartenlaube unter Kuppeldach über den Springbrunnen inmitten des Hofes und auf das einmalig spiralförmige Minarett. Diese Bauten sind seit dem 13. Jahrhundert unverändert geblieben. Fotos: TASS

## Von Streit überschattet

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.

Aus unserer Post

Mit hohem Arbeitselan

Es ist nun mal Tradition, würdige Ereignisse im Lande durch ansehnliche Arbeitsleistungen zu begehen. Die Mitglieder des Kollektivs der Rayonabteilung für Post- und Fernmeldewesen Leninskaja wetteifern miteinander, um das 70jährige Jubiläum der Republik und der Kommunistischen Partei Kasachstans mit Arbeitstaten zu ehren.

Alle Planvorgaben der neun Monate in der Betreuung der Bevölkerung wurden überfüllt. Seit Jahren wird dieses Kollektiv von Jelena Dadinowa geleitet. Mit Arbeitselan, hohem Pflichtgefühl und tadelloser Berufsmeisterschaft erfüllen die Telefonistinnen Olga Christ, Irene Gretschmann, Maria Franz, Anna Keller und andere ihre Aufgaben, die stets ohne Beanstandung von der sachkundigen Bedienung seitens der Kunden arbeiten, und hängt gewissermaßen auch die Stimmung der Werktätigen ab.

Hans KELLER  
Gebiet Aktjubinsk

Veteranen altern nicht

Es gibt Menschen, die sich in ihren jungen Lebensjahren ein Tätigkeitsfeld wählen, und ihm ihr Leben lang treu und ergeben bleiben.

Von eben solchen Menschen will ich in einigen Worten berichten, denn sie haben es, meines Erachtens, durch ihre langjährige treue Arbeit verdient, daß man von ihnen schreibt. Mit Edwin Schäfer bin ich schon seit vielen Jahren bekannt und hatte auch schon Gelegenheit, ihn bei der Arbeit zu beobachten. Vor mehr als 30 Jahren fing er seine Tätigkeit als Elektromonteur im Energiebetrieb Batamschinsk, Gebiet Aktjubinsk, an. Aller Anfang ist bekanntlich schwer, auch dem Lehrling Edwin Schäfer fiel es gar nicht leicht, diesen verantwortlichen Beruf zu meistern. Bei beliebigen Wetter, bei Schnee, Regen oder Sturm, kann es ja auf der Hochspannungsleitungslinie zu einem Bruch kommen, und dies geschieht nicht selten in den Wintermonaten. Das muß dann schleunigst instand gesetzt werden, damit die Industrie- und Agrarbetriebe sowie die Einwohner nicht ohne Elektrizität bleiben.

Heute ist Edwin Brigadier einer Monteurbrigade, die schon oft als Sieger aus dem innerbetrieblichen Wettbewerb hervorgeht. In Ehren den hohen Titel „Kollektiv der kommunistischen Arbeit“ trägt und ihn durch ersprießliche, pflichtbewusste Arbeit rechtfertigt. Auch sein Freund und Arbeitskollege, der Kriegs- und Arbeitsveteran Gustav Ziebart, der zur Brigade Schäfer gehört, hat diesen Beruf lieb gewonnen und übt ihn schon mehr als drei Jahrzehnte aus. Als der Große Vaterländische Krieg ausbrach und Hitler unsere Heimat überfiel, war er im aktiven Wehrdienst. Es glückte ihm, unter den Frontsoldaten zu bleiben. Gustav kämpfte bis zum Kriegsende und wurde mit mehreren Kampfauszeichnungen gewürdigt. Im Kollektiv ist der hochqualifizierte Lehrmeister stets ein Vorbild für die Jugend, der er seine reichen Arbeits- und Lebenserfahrungen bereitwillig übermitteln will.

Beide Arbeitsveteranen sind schon einige Jahre im verdienten Ruhestand, machen aber davon als rüstige Männer keinen Gebrauch. Auf meine Frage, ob diese nicht gerade leichte Arbeit ihnen nicht schwerfällt, meinten beide: „Noch nie haben wir es bereut. Unseren Beruf haben wir uns selbst gewählt und werden ihn, solange es uns die Gesundheit erlaubt, ausüben, denn es heißt nicht umsonst: „Wer rastet der rostet!““

Hieronymus KELLERMANN



Jubiläumskonzert in der Kathedrale

Das Konzert der Chormusik, das am 7. Oktober im Konzert- und Ausstellungssaal der Alma-Ata Kathedrale stattfand, widmete der Chor (Dirigent Wladimir Mimsierow) und das Kammerorchester (Dirigent Juri Dorochowski) der Spezialmusikmittelschule „K. Baisseitowa“ dem 70. Jahrestag der Kasachischen SSR.

Auf dieses Konzert hatten sich die jungen Künstler sorgfältig vorbereitet. Sie hatten wenig Zeit: Erst unlängst hatte das neue Schuljahr begonnen. Aber soviel Erfahrung haben die jungen Musikanten schon, um zu wissen: diese „Einzelheiten“ interessieren die Zuhörer nicht. Daher klang in der Musikschule bis in die Nacht hinein Chor- und Orchestermusik. Die Musikschule „K. Baisseitowa“ ist keine durchschnittliche Musikschule, sondern, wie gesagt, eine Spezialschule, wo neben der Musik gleichzeitig allgemeinbildende Fächer erlernt werden. Es handelt sich also um Kinder und Jugendliche, die ihr Leben der Musik widmen wollen; daher werden an

sie auch viel strengere Anforderungen gestellt als an die Schüler „gewöhnlicher“ Musikschulen.

Man braucht sich also nicht zu wundern, daß die Dirigenten Wladimir Mimsierow und Juri Dorochowski praktisch im Verlaufe eines Monats ein umfangreiches Konzertprogramm vorbereitet haben, daß sie, wie gesagt, dem 70. Jahrestag Kasachstans widmen.

Im 1. Teil des Konzerts erklangen Chorwerke von Schubert, Rachmaninow, Kalinnikow, Turunbajew, Shubanowa, Dshanjajrow.

Im 2. Teil wurde das Werk „Stabat mater“ des italienischen Komponisten Giovanni Battista Pergolesi (1710–1736) geboten. „Stabat mater“ war das letzte Werk des kranken Komponisten, der ein Meister musikalischer Situationschilderung und Charakterisierungskunst, von melodischer Schönheit und genialer Leichtigkeit der Komposition war. Sein letztes Werk schuf Pergolesi für Solisten, Chor und Kammerorchester. Es besteht aus

zwölf Teilen und war für die Musiker eine harte Probe. Leider war die Intonation des Chores nicht immer makellos, aber im allgemeinen gelang es den Musikern, die Schönheit des Werkes von Pergolesi den Zuhörern zu erschließen. Das ist vor allem das Verdienst der Dirigenten Mimsierow und Dorochowski. Auch die Solistinnen des Opern- und Ballettheaters Ludmilla Kim und Ljubow Dorochowskaja trugen zum Erfolg des Konzerts bei.

Allerdings ist es zu bedauern, daß die Konzerthalle der Kathedrale nicht alle Interessenten aufnehmen konnte — aus Platzmangel wegen Renovierung.

Robert UNTERWALDEN  
Alma Ata

Unsere Bilder: Der Chor der Spezialmusikschule „K. Baisseitowa“ (Dirigent Wladimir Mimsierow); Solistinnen Ludmilla Kim (links) und Ljubow Dorochowskaja, am Dirigentenpult Juri Dorochowski; Geiger Alfred Korn.

Fotos: Juri Weidmann

Für Freunde der deutschen Musik

Die Unionsschallplattenfirma „Melodija“ hat die Freunde der deutschen Musik und des Schaffens von Johann Sebastian Bach mit der neuen Schallplatte „Kantaten“ (in Deutsch) erfreut. Nun können sich die Musikliebhaber die Kantaten „Ich will den Kreuzstab gerne tragen“, „Ich habe genug“, „Der Friede sei mit dir“ von Johann Sebastian Bach in

Schallplattenaufnahmen anhören. Die Kantaten werden von ausgezeichneten Kollektiven geboten: dem Kammerchor des Estnischen Rundfunks und dem Litauischen Kammerorchester.

Die Neuerscheinungen der Firma „Melodija“ sollten in unserem Lande diejenigen ansprechen, die sich für deutsche Kultur interessieren. Georgi CHOBOTJEW



Europa plus UdSSR

So heißt das unlängst gegründete gemeinsame sowjetisch-französische Unternehmen — der kommerziell-musikalische Rundfunk der UdSSR auf Ultrakurz- und Mittelwellen. Seine Begründer sind sowjetischerseits die Außenwirtschaftsvereinigung „Sowtelexport“ des Staatlichen Komitees des Ministerrats der UdSSR für Fernsehen und Rundfunk und französischerseits die Aktiengesellschaft „Europa plus France“. Unser Bild: Der Präsident der Aktiengesellschaft „Europa plus Frankreich“ George Polinski (rechts) ist zufrieden: Das Programm ist gelungen. Links — der Generaldirektor des gemeinsamen Betriebs „Europa plus UdSSR“ Andrej Anissenko. Foto: TASS

Die Gesellschaft und der Friedensschutz

Was erwartet die Menschheit auf dem Planeten? An Prognosen mangelt es nicht. Die einen meinen, die Menschen werden sich durch einen Weltkrieg vernichten, weil ihnen die von den Tieren geerbte Aggressivität eigen sei. Die anderen behaupten, daß die ökologische und die energetische Krise nicht überwinden werden. Die dritten verweisen auf Krebs und AIDS. Die Astrologen prophezeien, daß uns im letzten Augenblick außerirdische Lebewesen retten werden.

Wo ist hier Dichtung und wo Wahrheit? Die Wahrfähigkeit der jeweiligen Äußerungen wird durch die Wissenschaft ermittelt. Die Wissenschaft stellt unbestreitbares Wissen in konzentrierter Form dar, und nur von der Wissenschaft kann eine echte Voraussage der Zukunft erwartet werden. Doch die Wissenschaft von heute ist noch nicht allmächtig, das wissenschaftlich erstellte Bild der Welt sieht vorläufig einer Karte mit zahlreichen weißen Flecken ähnlich. Aber so manches kann sie auch schon heute voraussagen.

Stellen wir uns vor, wir seien in einer Gemäldegalerie. Das uns interessierende Bild hänge am anderen Ende des Raumes. Wegen der Entfernung erkennen wir nur seine allgemeinen Konturen. Betrachten wir aber das Bild aus nächster Nähe, bieten sich unserem Blick so manche Details; dafür büßen wir aber den Gesamteindruck ein. Es ist einem leicht klar, daß man sich das Bild aus verschiedenen Entfernungen ansehen soll. Bei räumlichen Kunstwerken, ist es außerdem notwendig, sie unter verschiedenen Gesichtswinkeln zu betrachten.

Auch das wissenschaftliche Weltbild muß unter verschiedenen Gesichtswinkeln (mit Hilfe verschiedener Wissenschaften) und aus unterschiedlichen Entfernungen (bei verschiedenen Abstraktionsniveaus) betrachtet werden. Doch bis in die jüngste Zeit konnten die Wissenschaftler die Natur entweder aus großer Entfernung (Philosophie) oder aus nächster Nähe (konkrete Wissenschaften) beobachten. Allerdings gab es auch Wissenschaften zum Beobachten aus Zwischenentfernungen, zum Beispiel Mathematik und Kybernetik, aber sie betrachteten die Welt einseitig, gleichsam von einem Punkt aus oder durch ein Farfglas.

Die unlängst aufgekommene Wissenschaft, genannt „allgemeine Theorie der Systeme“, hat es vermocht, die Lücke zwischen der Philosophie und den konkreten Wissenschaften auszufüllen. Jetzt ist es möglich geworden, die Welt aus verschiedenen Entfernungen auf zu erforschen. Aber auch die Theorie der Systeme hat einen Mangel: Sie erforscht die Welt gleichsam anhand von Fotos, unbeweglichen Abbildungen, die Zeit entgleitet ihr.

Vor zwei Jahren hat sich aus der Theorie der Systeme eine

Systemtheorie der Entwicklung — die evolutionik — ausgesondert, die behaupten, diesem Mangel abzuhelfen. Sie sucht nach allgemeinen, universellen Prinzipien, nach Entwicklungsgesetzen beliebiger Systeme, physikalischer, chemischer, biologischer, technischer, sozialer usw. Die akute Notwendigkeit der Kenntnis dieser Gesetze steht wohl außer Zweifel. Nur diese Gesetze beherrscht, ist es möglich, ziemlich weit in die Zukunft zu blicken. Schon Helvetius hatte gesagt, daß die Kenntnis mancher Prinzipien nicht selten die Unkenntnis mancher Tatsache ersetzt.

Der Autor dieser Zeilen hat es versucht, im Rahmen der Evolutionik all das zu verallgemeinern, was die Wissenschaft der Gegenwart über den Entwicklungsprozeß weiß. Es sind sechs universelle Prinzipien entstanden. Ein Teil dieser Prinzipien beschreibt die inneren Eigenschaften der Systeme, der andere — die „Umwelt“. Das Prinzip der Bilanz von Konservatismus und Veränderlichkeit zeigt, daß das System sich entwickeln kann, falls ein Teil seiner Elemente beibehalten und der andere Teil durch neue ersetzt wird. Das Prinzip der Minimierung der freien Energie zeigt, daß ein beliebiges System sich bei der besten Möglichkeit von der überschüssigen Energie befreit und einen stabileren Zustand annimmt.

Von besonderem Interesse für unser Thema ist das Prinzip der Konvergenz, d. h. der allmählichen gegenseitigen Annäherung der Eigenschaften der sich entwickelnden Systeme gleicher Art je nach ihrer Verkomplizierung. Wir können die Konvergenz allerorts in der Natur beobachten. Die chemischen Eigenschaften der Atome nähern sich gegen das Ende der Mendelejewischen Tabelle einander an. Auch die physikalischen Eigenschaften der organischen Moleküle nähern sich einander an mit der Zunahme der Zahl der Atome darin. Die Biologie kennt Tausende Beispiele der Konvergenz (der Terminus selbst stammt aus der Biologie). Das Auge des Kalmar ist fast so wie das Menschenauge eingerichtet, obwohl beide vollkommen unabhängig voneinander entstanden sind. Die Flossen der Haie, der Delfine und die Flügel der Fingulne haben die gleiche Form und das gleiche „Funktionsprinzip“, obwohl sie einst unterschiedlich gewesen waren und unterschiedliche Funktionen erfüllten (Schwimmen, Gehen und Fliegen). Doch dann gerieten sie unter gleiche physikalische Verhältnisse und wurden durch die gleichen Gesetze der Hydrodynamik beeinflußt.

Gehen wir nun zu den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft über. In der letzten Zeit ist unter den Wissenschaftlern allgemein anerkannt worden, daß die gesellschaftliche Entwicklung ein Kettenglied des einheitlichen Entwicklungsprozesses der Natur ist, angefangen vom Ent-

stehen der Elementarteilchen (Theorie der Großexplosion). Daher muß sich auch die Entwicklung der Gesellschaft den universellen Entwicklungsgesetzen fügen.

Diese Vermutung wird durch unsere Umgestaltung sowie durch den Verlauf der Entwicklung der kapitalistischen Länder bestätigt. Im Laufe der großen Krise der 30er Jahre erforschte J. Hellbrat, Berater des Präsidenten Roosevelt, sorgfältig die Errungenschaften der ersten sowjetischen Planjahrhünfte. So entstand der „neue Kurs“ Roosevelts, der den Übergang zu einer Hybridökonomie, d. h. die Verknüpfung des Marktchaos mit der Regelung durch den Staat bedeutete. Gegenwärtig bemühen sich die UdSSR und andere sozialistische Länder, im Laufe des Umgestaltungsprozesses die staatliche Planung mit der Marktwirtschaft zu vereinen, d. h. sie schaffen im Grunde genommen die gleiche Hybridökonomie. Letztes Endes werden sich die ehemaligen kapitalistischen und ehemaligen sozialistischen Länder nicht mehr voneinander unterscheiden.

Wir leben aber nicht von Brot allein. Sehen wir mal nach, was sich auf dem Gebiet der Weltanschauung und der Philosophie tut. Im Laufe vieler Jahrhunderte währte der Streit zwischen den Materialisten und Idealisten, in dem die einen bewiesen, daß die Materie primär gewesen und erst dann das Bewußtsein, die Idee aufgekommene sei, die anderen aber das Gegenteil zu beweisen suchten, nämlich, daß die Idee, Gott das Primäre seien. Dieser Streit nahm zuweilen einen grausamen Charakter an. Es kam auf beiden Seiten zu Morden, Gefängnissen und Zerstörungen. Gegenwärtig haben diese Diskussionen einen friedlicheren Charakter angenommen.

Was ist nun aber primär: Materie oder Bewußtsein? Bedenken wir uns eines weiteren universellen Entwicklungsprinzips — des absoluten Relativitätsgrundsatzes. Er besagt, daß alles in der Welt relativ sei. Mathematisch ausgedrückt, gibt es in der Natur keine Null- oder endlose Größen. Die ganze Geschichte der Naturwissenschaft ist ein konsequentes Ersetzen absoluter Begriffe durch relative. Erst war es Galilei, der die absolute Geschwindigkeit und den absoluten Ruhezustand durch relative ersetzt, darauf erklärte Einstein Zeit, Masse und Raum als relativ. Jetzt gibt es allen Grund, diesen Prozeß endgültig zu verallgemeinern. Absolut alles ist relativ (außer der Relativität selbst).

Versuchen wir mal jetzt die Frage zu beantworten, wieviel Stufen die Hierarchie der Natur habe. Wir haben ziemlich gut die „mittleren Stufen“ wie Atome, Moleküle, Organismen und Planeten erforscht. Doch die Mikrowelt (Elementarteilchen, Quake) und die Megawelt (Metagalaxien und deren Assoziationen) stellen wir uns viel schlechter vor. Ausgehend vom Prinzip der absoluten

Kulturmosaik

Preisträger im Wettbewerb junger bildender Künstler

Die Kunstschule von Kokschetaw beteiligt sich seit 1980 an der Republikausstellung „Das Schaffen der Jungen“. Nur einmal ist es ihr nicht gelungen, einen der drei ehrenvollen ersten Plätze zu belegen.

Auch in diesem Jahr ist Vika Weber, Schülerin der 2. Klasse, mit einer Ehrenurkunde des Verbandes Bildender Künstler der Kasachischen SSR für ihre graphische Arbeit „Die Unterwasserfee“ ausgezeichnet worden.

Das Organisationskomitee der Ausstellung hat auch die kollektive Arbeit der Schüler der Kunstschule von Serenda hervorgehoben. Wanja Pegudin, Jakob und Denis Leis, Larissa Russanowa, Serik Kassimow, Konstantin Rutz und Alexander Schwab haben Holzöfel und eine Schöpfkelle mit Schnitzereien verziert; dabei haben die Schüler ein kasachisches Ornament verwendet.

Leider gibt es im Gebiet Kokschetaw nach wie vor nur zwei Kunstschulen — im Gebietszentrum und in Serenda.

Stipendien für Schüler

Fünf Stipendien von je 15 Rubel werden die besten Schüler der Mittelschulen in Taldyssal und Jenojek bekommen. Dies haben die Leitung und die gesellschaftlichen Organisationen des Sowchos „Georgi Dimitrow“ im Rayon Oktjabrski, Gebiet Aktjubinsk, vor Beginn des neuen Schuljahres beschlossen.

In diesem Betrieb ist man schon daran gewöhnt, daß die Schüler während der Sommerferien in der Sowchosproduktion arbeiten und materielle Güter schaffen. So hat man beschlossen, einen Teil ihrer Kosten auf diese Weise den Schülern zukommen zu lassen.

Programmorschau des Deutschen Radios Alma-Ata

Unter unseren heutigen Themen befindet sich der Bericht aus dem Gebiet Karaganda von unserem ehrenamtlichen Korrespondenten Heinrich Funk. Neulich besuchte er den Sowchos „Wilhelm Pieck“ und informierte sich dort für den Verlauf der letzten Erntetage. Wie sind nun die Ergebnisse, und wie organisiert man die Feldarbeiten? Darüber in wenigen Minuten.

Nach einer Musikauswahl bieten wir Ihnen einen Kommentar aus Petropawlowsk von Erna Minz. Es handelt sich darin um ein Thema, das noch bis heute leider nicht allzuoft angesprochen wird: „Die Kirche und der Glaube in unserem Leben“. Was bedeuten sie für die Gesellschaft und Kultur? Welche Werte tragen sie in sich? Ich glaube, daß auch die Tätigkeit der religiösen Gemeinden in Petropawlowsk diesbezüglich zu denken aufgeben.

Am Ende des Dienstagspro-

gramms erwartet Sie wie sonst die Übersicht der Zeitungsnummern der „Freundschaft“.

Wie Sie wohl bemerkt haben, sind unsere Sendungen am letzten Mittwoch und Donnerstag aus von uns nicht abhängenden Gründen ausgefallen. Die beiden Programme sollen nun trotz alledem in dieser Woche ausgestrahlt werden. Es sei daran erinnert, daß der Mittwochabend Ihnen eine Jugendsendung bietet — mit vielen aktuellen Informationen, interessanten Gesprächen und moderner Musik.

Am Donnerstag wollen wir den Tag der Republik würdigen, und zwar mit einem Thema aus dem Gebiet der Kunst. Wir machen Sie mit der kasachischen Sängerin Bibigul Tulegenowa näher bekannt, vor allem mit der reichen Palette ihres Repertoires.

Am Freitag hören Sie die Folkloregruppe „Erbe“ aus dem Sowchos „Uroshajny“ bei Kara-

ganda. Ein bemerkenswerter Grund dafür ist, daß dieses Laienkunstkollektiv zu Besuch in Deutschland gewesen ist, und sich dort an einer Laienkunstschau beteiligt hat. Also können Sie, liebe Zuhörer, ganz sicher mit vielen interessanten Eindrücken rechnen, die die Folkloregruppe „Erbe“ dort gewonnen hat. Dazu bitte ich Sie die Freitagssendung nicht zu verpassen. Genauso wie das Samstagprogramm, das von unseren ständigen Hörern kaum mal außer acht gelassen wird, denn es geht ja um herzliche Begrüßungen zu Familienfesten und um gute Stimmung für die ganze Woche. Und Sie etwas gehört ja mit zu einem schönen Wunschkonzert.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei unseren Sendungen!

Am Freitag hören Sie die Folkloregruppe „Erbe“ aus dem Sowchos „Uroshajny“ bei Kara-

Harry WEDEL

Unsere Anschrift:

Kasachische SSR,  
480044, Alma-Ata  
Ul. M. Gorkogo, 50  
4-й этаж



Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteur — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionsekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69, 33-38-04; Ökonomik — 33-33-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Volksbildung — 33-37-62; Kultur — 33-43-84; Leserbriefle — 33-48-29, 33-33-96; 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Silberrakete — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84.  
Unsere Korrespondentebüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanal — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zellnograd — 2-84-49.

«ФРОЙНДШАФТ»  
ИНДЕКС 65414

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового  
Красного Знамени  
типография Издательства  
ЦК Компартии Казахстана  
480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана  
офсетным  
способом

Объем  
2 печатных листа

М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10  
П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Заказ 11974.

Chefredakteur  
Konstantin EHRlich